

**Wege zur politischen Identität Europas.  
Europäische Öffentlichkeit und europäische Zivilgesellschaft**

*Von Jürgen Kocka*

**I.**

Zu Beginn zwei Zitate, beide aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Das erste: 1995 schreibt Jan Roß auf dem Höhepunkt des Bosnien-Konfliktes, dass die Empörungsmechanismen über die Ereignisse in Bosnien überall in Europa dieselben seien: „Man muss offensichtlich mit der Entstehung einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit rechnen, in der kollektive, und dem Anspruch nach universale Stimmungen und Werturteile jene beherrschende Rolle spielen würden, die man bislang nur aus der Innenpolitik kannte. In diesen Tagen der schier unerträglichen Zuspitzung des serbischen Krieges und des europäischen Bosnien-Syndroms, der Tatenlosigkeit sieht man die Öffentlichkeit des ganzen Kontinents wirklich allenthalben in der gleichen moralischen Lage. Niemand weiß, was daraus folgen mag, dass nun eine moralische Katastrophe zum Gründungsakt der europäischen Öffentlichkeit wird.“

Das zweite Zitat stammt von Jürgen Habermas, Ende Mai 2003: „Zwei Daten sollten wir nicht vergessen: nicht den Tag, an dem die Zeitungen ihren verblüfften Lesern von jener Loyalitätsbekundung gegenüber Bush Mitteilung machten, zu der der spanische Ministerpräsident die kriegswilligen europäischen Regierungen hinter dem Rücken der anderen EU-Kollegen eingeladen hatte; aber ebensowenig den 15. Februar 2003, als die demonstrierenden Massen in London und Rom, Madrid und Barcelona, Berlin und Paris auf diesen Handstreich reagierten. Die Gleichzeitigkeit dieser überwältigenden Demonstrationen (...) könnte rückblickend als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen.“

Es ist bemerkenswert, wie häufig die Entstehung einer europäischen Identität über die Jahrhunderte mit Krieg zusammenhängt. Das ließe sich an vielen Beispielen zeigen. Von den ersten Stereotypen über Europa und Asien, (Europa im Gegensatz zu Asien, bei griechischen Autoren des fünften Jahrhunderts vor Christus im Anschluss an die Perser-

kriege), über die Trauer in Europa angesichts der Eroberung Konstantinopels Mitte des 15. Jahrhunderts, bis hin zum Aufschwung von Europa-Idee und Europa-Bewegung nach den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts und bis hin zum Zusammenhang zwischen Kaltem Krieg und EU-Integration der NATO. Europäische Identität wurde oft in Abgrenzung zu feindlichen Anderen bestimmt, wobei über die Jahrhunderte die Auseinandersetzung mit islamischen Mächten im Vordergrund stand.

Europäische Identität wurde aber noch öfter als Appellationsinstanz gegen die zahlreichen innereuropäischen Kriege beschworen. Ein sich einigendes Europa wurde häufig als Antwort auf die es ansonsten zerreißen und zerfleischenden Kriege zwischen den Europäern gewünscht. So zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges und danach, so gegen und nach Napoleon, so in der Folge der Weltkriege des 20. Jahrhunderts, die als europäische Kriege von Europa ausgingen.

Die Thesen von Jan Roß und Jürgen Habermas zur Geburt einer europäischen Öffentlichkeit aus der Erfahrung des Krieges stehen also in einer langen Tradition.

Aber die Erfahrung des Krieges reicht nicht, um europäische Öffentlichkeit zu konstituieren. Wie flüchtig die öffentlichen Aufwallungen sind, die so bedingt werden, sieht man schon daran, dass Habermas die Geburtsstunde auf 2003 datieren kann, ohne auf die von Jan Roß konstatierte Geburtsstunde von 1995 hinweisen zu müssen. Vielmehr braucht es viel Anderes, um nachhaltig Öffentlichkeit im transnationalen europäischen Raum zu etablieren. Zum einen transnational agierende und wirkende Medien der Öffentlichkeit. An ihnen fehlt es - außer in Krisenmonaten - im national vielfältigen, sprachlich vielfältigen Europa noch weitgehend. Manche Ansätze sind gescheitert, so etwa Bourdieus Versuch, mit der Zeitschrift *Liber* eine zugleich in mehreren Sprachen erscheinende Intellektuellenzeitschrift zu etablieren, die dann teilweise als Beiblatt zu großen landesspezifischen Zeitungen entstand. Anderes gelingt: der Fernsehsender *Arte* zum Beispiel. Vor allen Dingen nimmt auch die transnationale Öffentlichkeit von Expertengruppen zu. Ein europäischer Wissenschaftsraum entsteht, sehr bewusst gefördert durch die EU-Kommission. Das Europäische Hochschulinstitut Florenz versucht, so etwas wie eine Gruppe von europäischen Absolventen hervorzubringen. Seit 2002 besteht in Berlin ein „Studienkolleg“, in dem Studienstiftung und Hertie-Stiftung jedes Jahr 40 Kollegiaten aus ganz Europa versammeln, damit sie kontinuierlich zusammenarbeiten. Die Diskurse der Intellektuellen sind längst nicht mehr national, sondern häufig europäisch, aber eher noch häufiger reichen sie

über Europa hinaus. Die Beispiele zeigen, dass gewisse Ansätze auf diesem Gebiet existieren.

Für die Entstehung einer solchen transnationalen europäischen Öffentlichkeit braucht es des Weiteren innere Probleme, die gemeinsam sind und öffentlich diskutiert und bearbeitet werden müssen. Solche Probleme dominieren nicht. Vergleicht man die Schlagzeilen und die Leitartikel in den großen europäischen Zeitungen von Paris, Berlin, Rom, London an ein und demselben Tag, so dürften in aller Regel die Themen nicht identisch sein. Die Hauptthemen variieren. Aber die gemeinsamen Probleme nehmen mit der allmählichen Europäisierung unserer realen Verhältnisse zu. Als Beispiel kann die anstehende Reform des Sozialstaats gelten. Der Sozialstaat definiert europäische Identität mit; auch im Vergleich mit Amerika und anderen Teilen der Welt. Er ist eine europäische Errungenschaft, ein europäisches Markenzeichen. Und deshalb ist seine heutige Krise zugleich ein Problem für die europäische Identität. So wundert es nicht, dass seine Reform zu gleicher Zeit auf der Tagesordnung verschiedener europäischer Öffentlichkeiten steht; wenn auch nicht völlig gesamteuropäisch, denn der Sozialstaat tritt in unterschiedlichen Mustern in Europa auf. Und auch mit zeitlichen Verschiebungen. Die Schweden und die Briten hatten ihre Krisen früher. Die Franzosen und die Deutschen und die Österreicher haben sie zurzeit. Die Verhältnisse in Osteuropa sind wieder anders: hier gerät der Sozialstaat in die Krise, bevor er noch recht entstanden ist. Und in den südeuropäischen Ländern bleibt weiterhin viel in den Händen der Familien. Es gibt überaus große Unterschiede in der Intensität und den Formen der Bearbeitung.

Die Demografie, die Alterung der Gesellschaft und die Schrumpfung der Bevölkerung scheinen weitgehend gesamteuropäische Phänomene zu sein. Insgesamt dürften die gemeinsam zu bearbeitenden Probleme eher zunehmen.

Vor allem aber entsteht transnationale europäische Öffentlichkeit im Zusammenhang mit transnationaler europäischer Politik. Da gibt es das etwa von Dieter Grimm vertretene Argument, dass im Grunde so etwas wie ein „europäischer Demos“, ein europäisches politisches Volk fehlt und man deswegen auch nicht danach streben kann und soll, so etwas wie die Vereinigten Staaten Europas zu kreieren. Aus dieser Sicht fehlt es am europäischen Demos auch, weil es keine funktionierende Öffentlichkeit gibt und von daher eine Grundvoraussetzung demokratischer Politik fehlt.

Aber dieses Argument trifft nur zur Hälfte, denn auch das umgekehrte Verhältnis gilt. Man braucht mit der Parlamentarisierung der europäischen Institutionen nicht zu warten, bis eine europäische Öffentlichkeit entstanden ist. Man kann vielmehr die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit auch durch Parlamentarisierung der europäischen Institutionen fördern, hervorbringen oder erzwingen. Jeder Schritt, der das Europäische Parlament stärkt und seine Arbeit sichtbarer und auch die Tätigkeit der Kommission transparenter macht, wird - vermutlich - zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen. So sehr wie europäische transnationale Politik wenigstens Elemente einer transnationalen Öffentlichkeit voraussetzt, so sehr wirken sie umgekehrt darauf ein. Der Prozess ist aber schwierig genug; nicht zuletzt wegen der Vielfalt der Sprachen. Doch man muss auf ihn setzen, wenn man Europa will und wenn man es demokratisch will. Der Aufbau einer europäischen Öffentlichkeit und der Abbau des europäischen Demokratiedefizits gehören zusammen.

## II.

Von Zivilgesellschaft wird derzeit viel gesprochen; meistens in sehr positivem Sinn. Niemand, fast niemand, ist gegen die Zivilgesellschaft und viele beschwören sie geradezu; manchmal auch mit synonymen Ausdrücken wie Bürgergesellschaft oder auch - Thomas Meyer - soziale Bürgergesellschaft. Was ist damit gemeint?

Zweierlei und beides hängt eng zusammen. Zum einen meint Zivilgesellschaft einen sozialen Bereich oder sozialen Raum zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre. Es ist der Raum der Vereine, Assoziationen, sozialen Bewegungen, Netzwerke, Initiativen, NGOs – Non-Governmental Organizations. Ein Raum, für den ein hohes Maß an gesellschaftlicher Selbstorganisation kennzeichnend ist. Zum anderen meint Zivilgesellschaft einen besonderen Typus sozialen und politischen Handelns im Unterschied zu anderen Typen sozialen Handelns, nämlich im Unterschied zu Kampf und Krieg, im Unterschied zu Herrschaft und Gehorsam, im Unterschied zu Tausch und Markt und im Unterschied zu Eigenarten des privaten Lebens. Der zivilgesellschaftliche Typ sozialen Handelns ist dadurch charakterisiert, dass er durch Konflikt, Kompromiss und Verständigung in der Öffentlichkeit realisiert wird, dass er Selbständigkeit und Selbstorganisation - individuell und gesellschaftlich - betont, dass er Pluralität, Differenz und Spannungen als normal anerkennt, dass er gewaltfrei und friedlich verfährt und dass er etwas mit den allgemeinen Dingen, dem allge-

meinen Wohl, so unterschiedlich man es definieren mag, zu tun hat. Wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, geht zwar von den eigenen Interessen und je eigenen speziellen Erfahrungen aus, blickt aber über den Tellerrand der eigenen Interessen und Erfahrungen hinaus und kümmert sich um allgemeinere Dinge, sei es um die Umwelt, um die Nachbarschaft, um das städtische Museum. Es geht um Aktivität, Verantwortlichkeit, Teilnahme und Teilhabe.

Lange war der Begriff Zivilgesellschaft aus der Sprache verschwunden, jedenfalls im Deutschen, aber auch in anderen Sprachen. Er ist wieder aufgetaucht seit den 1980er Jahren durch Impulse aus Ost-Mitteleuropa, wo der Begriff - bei Bürgerrechtlern wie Vaclav Havel, Bronislaw Geremek und György Konrad - eine zentrale Rolle spielte in der Polemik gegen die Diktatur, gegen die sowjetische Hegemonie. Mittlerweile wird er viel breiter benutzt. Er hat auch im Westen Fuß gefasst, in verschiedenen Bedeutungsnuancen. Warum ist er so attraktiv? Warum hat er diese Konjunktur? In Deutschland aus folgenden drei Gründen:

- Erstens: Zivilgesellschaft ist keine Alternative zum Staat und auch nicht staatsfeindlich gepolt. Aber im Prinzip verspricht Zivilgesellschaft Problemlösungen auf nichtstaatliche Weise. Damit entspricht Zivilgesellschaft dem weit verbreiteten Unbehagen an zu viel Staat, an zu viel gängelndem Staat. Das Lob der Zivilgesellschaft entspricht dem verbreiteten Gefühl, dass sich bisweilen der Staat übernommen hat, zum Beispiel durch Dynamik erstickende Überregulierung und als nicht mehr bezahlbarer Sozialstaat.
- Zweitens: Zivilgesellschaft verneint nicht den Markt, steht nicht gegen Kapitalismus per se. Aber die Logik der Zivilgesellschaft unterscheidet sich von der Logik des Marktes. Für den Markt sind Tausch, Profit, individuelle Nutzenmaximierung, das Kalkül mit Opportunitätskosten zentral. Für Zivilgesellschaft dagegen Verantwortung, Konflikt, Verständigung, sich kümmern ums Allgemeine, Teilnahme, Engagement. Die Idee der Zivilgesellschaft steht also nicht nur gegen zu viel Staat, sondern auch gegen zu viel Markt. Sie bietet nicht-marktförmige Problemlösungen an. Sie ist kein „neoliberales“ Instrument. Damit entspricht sie dem weit verbreiteten Unbehagen über den Siegeszug des Kapitalismus, weltweit und bis in die innersten Bereiche unseres Lebens hinein. Nicht zufällig finden wir den Begriff und die Prinzipien von Zivilgesellschaft auch in der heutigen Globalisierungskritik.
- Drittens: Zivilgesellschaftliches Handeln geht vom Partikularen, von Einzelnen, von einzelnen Gruppen aus, ist aber auf das Allgemeinere gerichtet. Kommunitaristen wie Walzer

haben den Begriff mit geprägt. Zivilgesellschaft verspricht Kohärenz, Zusammenhalt, Bindung, Solidarität. Damit antwortet die Idee der Zivilgesellschaft ebenfalls auf ein weit verbreitetes Unbehagen, nämlich das Unbehagen über allzu weit getriebene Individualisierung, Fragmentarisierung in Gesellschaften, die manchmal postmodern genannt werden. Was hält eigentlich heutige Gesellschaften zusammen? Auf diese besorgte Frage, die heute von Intellektuellen häufig, in den 60er, 70er Jahren dagegen gar nicht gestellt wurde, verspricht Zivilgesellschaft eine spezifische Antwort.

Diesen drei Frontstellungen verdankt die Zivilgesellschaft ihre heutige Attraktivität in mehreren, aber nicht in allen politischen Lagern.

### III.

Was hat das alles mit Europa zu tun? Zum einen ist die Idee der Zivilgesellschaft ein europäisches Produkt, wenn es sich auch wie so viele Produkte Europas mittlerweile weltweit verbreitet hat und auch außerhalb Europas, meist in modifizierter Form, Anklang findet. Amerikanische Autoren wie Thomas Paine haben übrigens früh zur Formulierung der Ideen der Zivilgesellschaft beigetragen. Zum anderen, in Bezug auf Europa, mag es sich lohnen, die Zivilgesellschaft zu bemühen, wenn es darum geht, die zu wünschende Identität Europas zu beschreiben und zu befördern, und zwar nicht primär von oben - vom Staat, von den Staaten und ihrem Zusammenschluss her - und auch nicht primär vom Markte her, sondern als ein Europa der Bürger und Bürgerinnen, der Citizens.

Und schließlich ist nicht zu übersehen, dass Europa schon längst zivilgesellschaftlich wächst und zusammenwächst. Primär sind die zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Vereine im nationalen Rahmen entstanden und stark geworden. Aber wir beobachten zunehmend auch transnationale, tendenziell europäische zivilgesellschaftliche Strukturen. Genannt seien die Europabewegungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vielerorts einen starken Aufschwung hatten und zum Teil im europäischen Widerstand gegen die Nazibesetzung Europas wurzelten. Dazu gehören ferner transnationale Initiativen und Verbände, zum Teil älter als die europäische Integration wie das Rote Kreuz, oder Gründungen nach 1945, wie Amnesty International oder – vor fünf Jahren - Attac: beide transnational, aber nicht auf Europa beschränkt. Schließlich die ungemein zahlreichen Interessenorganisationen, zum Teil schon mit der EWG entstanden, mit einer starken Betonung auf agrarischen

und industriellen Interessen sowie, seit den 60er Jahren kräftig zunehmend, Wirtschafts-, Sport-, Kultur- und andere Verbände mit EU-europäischer Reichweite. Sie versuchen, die Brüsseler Politik zu beeinflussen, vor allem wohl die der Kommission. Sie sind sehr zahlreich. Allein zwischen 1995 und 2000 stiegen die intermediären Gruppen mit Büros in Brüssel von 2200 auf 3500 an. Und bei einem ersten „Social Policy Forum“ der Europäischen Kommission 1996 ließen sich 2000 Initiativen mit Büros in Brüssel registrieren. Es gibt europaweite Netzwerke und Organisationen, die auch andere Ziele verfolgen: nicht nur die Beeinflussung der europäischen Politik, sondern auch Mobilisierung und Kommunikation und Verknüpfung und Standardisierung. Die europäische Rektorenkonferenz, die europäischen Städtetage, the European Association of Political Science können als Beispiele genannt werden. Viele dieser Organisationen sind Zusammenschlüsse von nationalen Organisationen und Netzen. Viele von ihnen gehen weniger an die Öffentlichkeit, als dies im nationalen Rahmen geschieht, sondern arbeiten sehr unspektakulär eher mit Berichten, Eingaben, Memoranden, Gesprächen, Telefonaten, Expertentagen. Hartmut Kaelble hat von einer „stilleren Zivilgesellschaft“ gesprochen: stiller als die nationalen Zivilgesellschaft, weil sie auf die mit den Beamtenapparate in Brüssel als den Hauptadressaten zielen. Und viele von ihnen sind als Reaktionen auf EU-politische Machtbildung entstanden. Das Demokratiedefizit der EU beheben sie nicht.

Einen Beitrag zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit leisten sie offensichtlich in geringerem Maße als dies herkömmlicherweise zivilgesellschaftliche Strukturen im nationalstaatlichen Rahmen tun. Und die Gefahr eines Korporatismus, an Öffentlichkeit und EU-Parlament vorbei, ist nicht zu übersehen. Man ist ein wenig an die Verfassungssituation des deutschen Kaiserreichs vor 1918 erinnert, wo auch der Reichstag kein starkes Vermittlungsorgan war und Interessen direkt auf die Exekutive zuzugingen und mit ihr arbeiteten. Doch helfen diese Aspekte einer europäischen Zivilgesellschaft trotz aller Einschränkungen mit, die EU mit Leben zu füllen und in den Interessenzirkeln und Milieus der Bürger verlässlich zu verankern. Sicher stellen sie einen Beitrag zur sehr konkreten Integration Europas dar, mit Rückwirkung in die Mitgliedstaaten hinein. Vermutlich werden die neu beitretenden Mitgliedstaaten sich im eigenen Interesse schnell diesen Strukturen annähern, anpassen und deshalb auch im eigenen Land entsprechende Veränderungen vornehmen: eine zu erwartende Rückwirkung der europäischen Integration auf der Ebene der sozialen, politischen und kulturellen Strukturen der beitretenden Einzelstaaten.

#### IV.

Europäische Identität entstand lange aus Krieg: mit anderen außerhalb Europas wie als Reaktion auf innereuropäische Kriege. Damit europäische Öffentlichkeit heute entstehen kann, ist anderes wichtiger: transnational wirkende Medien; grenzübergreifende Probleme und Themen; und europaweit angelegte Politik. Die Parlamentarisierung Europas darf nicht warten, bis eine europäische Öffentlichkeit entstanden ist. Vielmehr kann sie zu deren Herausbildung beitragen.

„Zivilgesellschaft“ meint zum einen den „Raum“ zwischen Staat, Markt und Privatsphäre. Zum anderen meint sie einen bestimmten Typus sozialen Handelns, für den Konflikt und Kompromiss, Öffentlichkeit und Pluralität, Gewaltlosigkeit und Allgemeinwohlbezug spezifisch sind. „Zivilgesellschaft“ ist heute so effektiv, weil sie eine Alternative zum gängelnden Staat, zum alles durchdringenden Kapitalismus und zur Fragmentierung der Gesellschaft zu bieten scheint.

Die Idee der Zivilgesellschaft ist ein Produkt Europas. Sie umschreibt auch heute eine Vision, im Hinblick auf die sich europäische Identität begründen kann. Längst wächst in Europa eine grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Dynamik heran. Sie trägt bei zur Integration Europas „von unten“. Doch es ist eine „stille Zivilgesellschaft“, die sich sehr oft nicht-öffentlich präsentiert. Viel bleibt zu tun.

*Jürgen Kocka ist Professor für Geschichte an der Freien Universität Berlin, Direktor am Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas (Freie Universität Berlin und Humboldt-Universität zu Berlin) und Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.*

#### **Redaktionelle Anmerkung:**

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung einer Rede von Jürgen Kocka bei der Tagung „Europäische Identität“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16. Juni 2003 in Berlin.